

Währungspolitik

ULRICH SCHRÖDER

Die Europäische Union erreichte 1996/97 erhebliche Fortschritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Mit der Entscheidung über den Stabilitätspakt, den Wechselkursmechanismus zwischen dem Euro und den nicht teilnehmenden EU-Währungen sowie den Rechtsrahmen für den Euro konnten wichtige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Die Entwicklung der Budgetdefizite in Frankreich und Deutschland bereitete zwar neue Sorgen, jedoch verbesserte sich die Konvergenzlage insgesamt so wesentlich, daß die Aussichten als gut eingeschätzt wurden, daß die Europäische Währungsunion zum vorgesehenen automatischen Startzeitpunkt, dem 1. Januar 1999, mit einer genügend großen Zahl von Teilnehmern starten kann. Die Diskussionen über eine etwaige Verschiebung gingen jedoch weiter, vor allem in Deutschland. Die niedrige Preissteigerungsrate – mit durchschnittlich 2,5% 1996 in der Union so tief wie seit über 30 Jahren nicht – und der Abschluß eines wirksamen Stabilitätspaktes wurden als gute Voraussetzungen für die innere und äußere Stabilität des Euro angesehen. Da vielfach vermutet wurde, daß der Euro dem US-Dollar in dessen Rolle als internationaler Leitwährung ein ernsthafterer Konkurrent sein werde als die D-Mark, fand das Thema WWU auch in den USA zunehmend Beachtung.

Währungsunion auf Kurs für den Start 1999

Erwartungsgemäß mußte der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1996 auf der Grundlage der vom Europäischen Währungsinstitut (EWI) und der Kommission vorgelegten Konvergenzberichte feststellen, daß die notwendigen Voraussetzungen – die Erfüllung der Konvergenzkriterien durch eine Mehrzahl der EU-Staaten – für den laut Vertrag möglichen Beginn der WWU für 1997 nicht gegeben waren. Der Rat bekräftigte indessen den Beschluß des Madrid-Gipfels von Ende 1995, daß die Währungsunion vertragsgemäß Anfang 1999 beginnen werde. Die Wirtschafts- und Finanzminister vereinbarten in Noordwijk im April 1997, daß der Rat der Staats- und Regierungschefs am ersten Maiwochenende 1998 die Entscheidung über den Teilnehmerkreis fällen soll. Ausschlaggebend wird die Konvergenzlage des Jahres 1997 sein; im Hinblick auf die im Vertrag geforderte dauerhafte Tragbarkeit der Budgetposition werden aber auch die Planungen und Aussichten für die folgenden Jahre, insbesondere für 1998, herangezogen. Damit soll sichergestellt werden, daß die Qualifikation nicht auf einer auf ein Jahr konzentrierten, aber nicht durchhaltbaren Kraftanstrengung beziehungsweise auf sogenannter „kreativer Buchführung“ beruht, welche defizitrelevante Lasten des Jahres 1997 auf die Folgejahre verschiebt.

Bemerkenswerte Fortschritte in der Konvergenz

In den letzten beiden Jahren wurden beträchtliche Konvergenzfortschritte erzielt, vor allem im Hinblick auf die monetäre Konvergenz, das heißt bei den Kriterien Preisstabilität, Zinsen und Wechselkurse. Abgesehen von Griechenland lagen die Preisanstiegsraten 1996 in der EU zwischen 0,6% und 3,9%, im Durchschnitt bei nur noch 2,5% mit weiter rückläufiger Tendenz im ersten Halbjahr 1997. Die langfristigen Zinsen näherten sich in allen Ländern deutlich den – ihrerseits leicht rückläufigen – deutschen Anleiherenditen an. An den Devisenmärkten stabilisierten sich die Wechselkurse. Finnland und Italien traten im September beziehungsweise November 1996 dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) bei.

*Konvergenzlage in Europa**

	Inflationsrate**			Budgetsaldo in % des BIP			Schulden in % des BIP			langfristiger Zins 6/96 – 5/97	EWS- Bandbreite
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998		
Referenzwert	2,5	2,6	3,1	-3,0			60,0			8,2	
Land:											
Deutschland	1,5	1,8	1,9	-3,8	-3,0	-2,7	60,7	61,6	61,9	6,0	± 15%
Frankreich	2,0	1,6	1,7	-4,2	-3,0	-3,0	56,0	57,9	58,9	6,0	± 15%
Italien	3,9	2,3	2,2	-6,8	-3,2	-3,9	123,8	122,4	120,7	8,2	± 15%
Großbritannien	2,4	2,2	2,5	-4,1	-2,9	-1,4	54,8	54,7	53,5	7,7	frei schwankend
Spanien	3,6	2,3	2,2	-4,4	-3,0	-2,7	69,3	68,1	67,2	7,6	± 15%
Niederlande	2,1	2,4	2,2	-2,4	-2,3	-1,8	78,0	76,2	74,2	5,9	± 15%
Belgien	2,1	1,9	1,9	-3,4	-2,7	-2,3	130,0	126,7	123,2	6,2	± 15%
Schweden	0,8	0,7	1,7	-3,3	-2,6	-1,7	77,7	76,5	74,4	7,5	frei schwankend
Österreich	1,8	2,0	1,9	-3,9	-3,0	-2,9	70,0	68,8	68,5	6,1	± 15%
Dänemark	2,1	2,4	2,5	-1,6	0,3	0,3	70,2	67,2	64,3	6,8	± 15%
Finnland	0,6	0,9	1,4	-2,6	-1,9	-0,6	58,7	58,2	58,6	6,5	± 15%
Portugal	3,1	2,5	2,3	-4,0	-3,0	-2,8	65,4	64,1	62,8	7,5	± 15%
Griechenland	8,2	6,0	4,8	-7,4	-4,9	-3,4	111,8	108,3	104,9	11,8	frei schwankend
Irland	1,7	2,0	2,5	-1,1	-1,0	-1,2	76,7	68,3	64,3	6,9	± 15%
Luxemburg	1,2	1,7	1,9	1,8	1,1	1,0	6,4	8,5	6,8	6,2	± 15%

■ Konvergenzkriterium erfüllt; keine flexible Anwendung der Budgetkriterien, die Gegenstand politischer Entscheidungen sein werden.

* für 1997 und 1998 Prognosen

** nicht harmonisierter Index

Quelle: Europäische Kommission, April 1997.

Zwar ließ die Budgetpolitik noch Wünsche offen, jedoch ergriffen viele Regierungen erfolgversprechende Konsolidierungsmaßnahmen. Finnland und die Niederlande wurden – wie bereits vorher Irland und Dänemark – 1996 von der Liste der

Länder genommen, die von der Kommission Mahnbrieft wegen Verfehlung der Budgetkriterien des Vertrages erhielten. Konsolidierungserfolge konnten auch die südeuropäischen Staaten verbuchen. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister würdigte in Noordwijk im April 1997 die Programme und zwischenzeitlichen Resultate für Spanien und Portugal. Erhebliche Anstrengungen unternahm Italien mit dem seit Mai 1996 regierenden Linksbündnis unter Ministerpräsident Prodi. Mittels umfangreicher Maßnahmen, unter anderem mit Hilfe einer „Europasteuer“, soll 1997 – trotz schwachen Wachstums – das Ziel 3,0% erreicht werden. Allerdings bekundete die Kommission im April mit ihrer Prognose eines Defizites von 3,9% per 1998 deutliche Zweifel, daß die Konvergenz dauerhaft sein werde.

Unerwartet große Sorgen bereitete freilich die Haushaltslage in den beiden Kernstaaten der WWU, Deutschland und Frankreich, ohne die nach überwiegender Meinung ein Start der WWU mangels Masse weder ökonomisch noch politisch Sinn macht. Deutschland verfehlte 1996 mit einer Quote von 3,8% das Defizitkriterium noch weiter als 1996 mit 3,5% und überschritt bei der Staatsverschuldung 1996 erstmals die 60%-Quote. Allerdings wird diese Überschreitung aufgrund des auch von den Partnerstaaten anerkannten Sonderfaktors „Erblast der Vereinigung“ kaum ins Gewicht fallen. Bedenklicher war das Haushaltsdefizit. Die Bundesregierung strebte für 1997 ursprünglich eine Rate von 2,5% an, mußte die Projektion aber bereits im Januar im Jahreswirtschaftsbericht auf 2,9% hochsetzen. Jedoch war unter anderem wegen niedrigerer Steuereinnahmen und höherer Arbeitslosigkeit zu befürchten, daß auch dieser Wert verfehlt werden könnte.

In dieser schwierigen Situation überraschte die Bundesregierung die deutsche und europäische Öffentlichkeit mit ihrem Plan, die Bundesbank gesetzlich zu einer Aufwertung ihrer gemäß dem Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten beziehungsweise Marktpreisen bilanzierten Gold- und Devisenreserven samt der Vorlage eines Sonderabschlusses 1997 zu veranlassen. Die Bewertungsgewinne sollten 1997 und 1998 zwar nicht dem Bundeshaushalt direkt zugute kommen, sondern für eine außerplanmäßige Schuldentilgung des „Erblastentilgungsfonds“ verwendet werden. Jedoch stieß der Plan auf einhellige Ablehnung in einer empörten Öffentlichkeit. Durch den beabsichtigten Eingriff in die eigenverantwortliche Feststellung ihrer Bilanz sah die Bundesbank ihre Unabhängigkeit bedroht. Sie hielt den Plan auch für unvereinbar mit den Empfehlungen des EWI, wonach die in die EZB einzubringenden Gold- und Devisenreserven zwar marktnah bewertet werden sollten, eventuell anfallende Bewertungsgewinne aber nicht auszuschütten, sondern in eine Neubewertungsrücklage einzustellen seien. Wie die Bundesbank hielt auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage den Plan für ungeeignet, um die Fehlentwicklung bei den öffentlichen Finanzen zu beheben. Die Bundesregierung mußte von ihrem Vorhaben letztlich Abstand nehmen, zumal auch Widerstand in der Koalition laut wurde. Die Bundesbank stellte freilich in Aussicht, im Jahresabschluß 1997 die Dollarreserven ganz oder teilweise mit den Anschaffungskosten zu bewerten statt mit dem historischen Niederstwert von 1,36 DM pro US-Dollar. Ein Teil des Bewertungsgewinnes, der auf

10 bis 13 Mrd. DM geschätzt wird, sollte 1998 ausgeschüttet werden und in den Erblastentilgungsfonds fließen. Auch wenn die Bundesbank sich letztlich durchsetzen konnte, trug diese Episode nicht dazu bei, in der deutschen Öffentlichkeit das Vertrauen in den Euro zu stärken. Mitte 1997 erschien es noch als möglich, daß Deutschland die 3%-Zielmarke erreichen könnte. Die meisten Prognosen erwarteten jedoch ein Ergebnis von 3,2%. Es wäre sicher eine Ironie der (Währungs-) Geschichte, wenn ausgerechnet Deutschland den Referenzwert für das Budgetkriterium nicht einhält. Schließlich wurde der strenge Konvergenztest vornehmlich auf Betreiben Deutschlands vertraglich fixiert, um Deutschland davor zu schützen, eine Währungsunion mit undisziplinierten, inflationären Ländern eingehen zu müssen. Außerdem war es die Bundesregierung, die auf einen strengen Stabilitätspakt mit einer Defizitobergrenze von 3% drängte.

Mitte 1997 entwickelte sich auch Frankreich zum Problemfall. In den vergangenen Jahren hatte Frankreich sein Defizit deutlich vermindern können: von 5,6% 1994 über 5,0% 1995 auf 4,2% 1996. Ein Defizit von zum Beispiel 3,2% im Jahre 1997 läge zwar über dem Referenzwert, könnte aber gemäß Art. 104c Abs. 2 EGV zur Qualifikation insofern reichen, als dann das Defizit laufend zurückgegangen wäre und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes erreicht hätte. Jedoch kamen im Frühjahr 1997 Sorgen auf, die Budgetposition könne deutlich schlechter sein. Im Wahlkampf zu den vorgezogenen Neuwahlen der Nationalversammlung lehnten die Sozialisten zusätzliche Maßnahmen zur Verringerung des Budgetdefizits ab. Nach der Amtsübernahme sprach sich die Regierung Jospin zwar für die pünktliche Einführung des Euro aus, legte sich in der Regierungserklärung aber nicht auf Maßnahmen zur Verringerung des Budgetdefizites fest.

Anhaltende Verschiebungsdiskussion in Deutschland

Die Sorgen über eine Zielverfehlung bei den Budgetdefiziten in Deutschland und Frankreich lösten in Deutschland eine heftige Diskussion über eine eventuell notwendige Verschiebung des Beginns der WWU aus. Die Befürworter einer Verschiebung argumentierten, daß im Interesse eines stabilen Euro und gemäß der Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat sowie des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes die Konvergenzkriterien strikt auszulegen seien, zumal die Bundesregierung dies auch immer versichert habe. Die Verschiebungsgegner betonten, daß es für die Stabilität des Euro nicht ausschlaggebend sei, ob das Budgetdefizit im Entscheidungsjahr 1997 2,9% oder 3,1% betrage. Ohnehin erfordere der Maastricht-Vertrag gemäß Art. 104c Abs. 2 und 3 EGV keine Punktlandung bei den Fiskalkriterien. Eine Verschiebung wäre sehr gefährlich, weil sie leicht in ein Scheitern münden könnte. Die Folge wäre eine neue Instabilität an den Devisen- und Anleihemärkten, speziell eine Aufwertung der D-Mark und ein Zinsanstieg in den Abwertungsländern. Die Idee der Währungsunion wäre dann wahrscheinlich auf längere Zeit nicht mehr zu realisieren. Die Verschiebediskussion blieb weitgehend auf Deutschland beschränkt. Sie spiegelte in erster Linie die anhaltende Ablehnung

der WWU seitens einer starken Mehrheit in der Bevölkerung wider. Trotz aller Konvergenzfortschritte blieben daher auch Mitte 1997 noch Restzweifel an der pünktlichen Realisierung der WWU. Die Finanzmärkte ließen sich hiervon allerdings wenig beeindrucken. Wie die voranschreitende Zinskonvergenz und die Wechselkursstabilität im EWS zeigte, ging man an den Märkten von einem pünktlichen Start des Euro mit einem breiten Teilnehmerkreis aus.

Dritte Stufe der WWU mit breitem Teilnehmerkreis?

Zusätzlich zu den Ländern des „harten Kerns“ des Europäischen Währungssystems (EWS) – Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Österreich – wurden auch Irland und Finnland zunehmend als aussichtsreiche Kandidaten für eine Erstmitgliedschaft in der WWU angesehen, zumal beide Länder die Budgetkriterien bereits 1996 (Finnland) oder sogar schon länger (Irland) erfüllten. Die irische Regierung bekräftigte ihre feste Absicht, auch dann an der dritten Stufe der WWU teilzunehmen, wenn Großbritannien von seiner opt-out-Möglichkeit Gebrauch machen sollte. Spanien und Portugal wurden seit Frühjahr 1997 ebenfalls gute Aussichten auf eine Mitgliedschaft in der Währungsunion eingeräumt. Die Regierungen beider Länder hatten dies seit längerem zu einem vorrangigen Ziel ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik erklärt. Tatsächlich gelang es ihnen, 1997 die Inflationsrate auf Konvergenzkurs zu bringen; das Haushaltsdefizit dürfte sich – nach den Prognosen der Kommission – auf den Referenzwert von 3% verringern. Über die Mitgliedschaft Italiens entzündeten sich in Politik und Medien immer wieder Kontroversen. Italien hatte bis 1996 die Konvergenzkriterien weit verfehlt. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Prodi ging jedoch von Anfang an voll auf WWU-Kurs. Prodi ließ keinen Zweifel daran, daß Italien die Konvergenzkriterien nicht nur 1997 erfüllen werde. Er kündigte für 1998 die Aufstellung eines Budgets an, das einen Fehlbetrag von nur noch 2,8% aufweisen solle. Die neue französische Regierung setzte sich für eine Mitgliedschaft Italiens von Anfang an ein.

Unter den fünfzehn EU-Staaten erschienen damit bis zu elf als aussichtsreiche Kandidaten für eine Mitgliedschaft in der Währungsunion. Von den beitragswilligen Staaten wird voraussichtlich nur Griechenland wegen zu deutlicher Verfehlung der Konvergenzkriterien nicht teilnehmen können. Großbritannien, Dänemark und Schweden dagegen würden den Konvergenztest voraussichtlich bestehen, lehnten aber eine Teilnahme vorerst ab. Großbritannien und Dänemark sind gemäß dem Maastrichter Vertrag nicht verpflichtet, an der dritten Stufe der WWU teilzunehmen. In Dänemark bestand seitens der Regierung keine Bereitschaft, die für eine Teilnahme notwendige Volksabstimmung zu riskieren, da sich bei Meinungsumfragen stets eine deutliche Mehrheit der Wähler gegen den Euro aussprach. In Großbritannien wurde die Debatte über die WWU nach dem Wahlsieg von „New Labour“ mit dem neuen Premierminister Tony Blair versachlicht. Die neue Regierung überließ der Bank von England das Recht zur unabhängigen Festsetzung der

Zinsen und machte damit einen großen Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit der Zentralbank, die gemäß dem EG-Vertrag eine wichtige institutionelle Voraussetzung für die WWU ist. Die neue Regierung ließ sich aber nicht auf eine konkrete Aussage zur Mitgliedschaft in der WWU und nicht einmal im EWS ein. Dies werde zu gegebener Zeit entschieden werden. Schweden hat keine opt-out-Option im EWS. Gleichwohl lehnte die Regierung es wegen starken öffentlichen Widerstandes ab, sich auf eine Mitgliedschaft festzulegen. Nach intensiven Diskussionen beschloß die Führung der Sozialdemokratischen Partei, dem Parteitag im Herbst ein Fernbleiben von der dritten Stufe der WWU zu empfehlen. Schweden würde die Konvergenzkriterien voraussichtlich erfüllen, allerdings mit Ausnahme des Kriteriums Wechselkursstabilität, da das Land es ablehnt, sich am Wechselkursmechanismus des EWS zu beteiligen. Manche Kritiker sahen hierin einen unzulässigen Trick, sich der Verpflichtung des Maastricht-Vertrages zur Teilnahme an der dritten Stufe der WWU scheinbar legal zu entziehen.

Mußte noch 1995/96 befürchtet werden, daß zu dem automatischen Starttermin die WWU mangels Masse an qualifizierten Ländern aufgeschoben werden mußte, so schien es Mitte 1997 möglich, daß die dritte Stufe der WWU mit fast allen beitragswilligen Ländern beginnen könnte. Freilich verbanden manche Marktteilnehmer damit die Erwartung, der Euro werde insbesondere im Außenverhältnis eine eher schwache Währung. Tatsächlich wurden die D-Mark und die mit ihr verbundenen Währungen 1997 deutlich gegenüber dem US-Dollar und dem Pfund Sterling abgewertet. Nach Meinung der Bundesbank spiegelte die Entwicklung des Dollarkurses aber in erster Linie die robuste konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten wider. Gegen ein am Markt akzentuiertes Mißtrauen zum Euro sprach auch, daß die deutschen Zinsen weiter deutlich unter den US-Zinsen lagen.

Neuer Wechselkursmechanismus

Die Arbeiten an einem Wechselkurssystem zwischen dem Euro und den nicht beziehungsweise nicht sofort an der WWU teilnehmenden Ländern wurden in Amsterdam mit der Zustimmung des Europäischen Rates zu dem in Dublin erarbeiteten Entwurf abgeschlossen. Ausgangspunkt war die Einsicht, daß eine enge währungspolitische Zusammenarbeit der „ins“ mit den „pre-ins“ wünschenswert sei, um eine rasche spätere Teilnahme der noch nicht teilnehmenden Länder zu ermöglichen und übermäßige Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und den nicht teilnehmenden Währungen zu vermeiden. Die Leitkurse der anderen Währungen werden gegenüber dem Euro festgelegt. Die Schwankungsbreite soll wie heute im EWS plus/minus 15% betragen. Es wird allerdings erwartet, daß diese Margen nicht ausgeschöpft werden. Die Notenbanken haben das Recht, die Interventionen auszusetzen, wenn davon eine Gefahr für die Preisstabilität ausgeht. Großbritannien und Schweden konnten sich mit ihrer Forderung durchsetzen, daß die Mitgliedschaft freiwillig sein müsse.

Der Stabilitätspakt gegen übermäßige Haushaltsdefizite

Die Vermeidung von übermäßigen Haushaltsdefiziten wurde von allen Staaten, insbesondere von Deutschland, als notwendige Voraussetzung angesehen, um die Stabilität der neuen Währung durchzusetzen, ohne die Geldpolitik übermäßig zu belasten. Der Vertrag sieht in Art. 104c EGV bei Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin ein System von Regeln und abgestuften Sanktionen bereits vor. Allerdings galt das Entscheidungsverfahren gemäß Art. 104c Abs. 7-13 EGV als zu umständlich und langwierig. Daher unternahm Deutschland bereits 1995 einen Vorstoß zur Präzisierung dieser Regeln und zur Beschleunigung des Verfahrens. Nach intensiven Verhandlungen wurden die Grundzüge Ende 1996 in Dublin und die rechtlichen Einzelheiten in Noordwijk im April 1997 festgelegt. Deutschland konnte sich nicht mit der angestrebten automatischen Verhängung von Sanktionen bei Verstößen gegen die Budgetdisziplin durchsetzen. Jedoch akzeptierten die EU-Mitgliedstaaten das Ziel eines mittelfristig nahezu ausgeglichenen Staatshaushaltes sowie einer stärkeren Selbstbindung von Kommission und Rat zur Verabschiedung von Sanktionen für den Fall der Verletzung der Budgetregeln und ein gestrafftes Entscheidungsverfahren.

Mit dem Stabilitätspakt verpflichten sich die WWU-Mitglieder zur Vorlage von Stabilitätsprogrammen, in denen sie ihre mittelfristige Haushaltsplanung darlegen. Abgesehen von Ausnahmefällen – zum Beispiel schwere Rezessionen oder Naturkatastrophen – dürfen die EU-Staaten keine Budgetdefizite zulassen, die über 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegen. Damit stellt der Pakt strenge Anforderungen an die Haushaltspolitik, denn viele EU-Staaten hatten in der Vergangenheit auch bei positiven Wachstumsraten des BIP Budgetdefizite von 3% oder höher, zum Beispiel Deutschland sowohl 1995 als auch 1996. Sanktionen erfolgen, wenn der betreffende Staat keine geeigneten Maßnahmen zur Korrektur der Fehlentwicklung ergreift. Das Entscheidungsverfahren soll innerhalb von zehn Monaten abgeschlossen werden. Konkret kann die Hinterlegung einer unverzinslichen Einlage verlangt werden, die bei Fortbestehen des übermäßigen Defizits nach zwei Jahren in der Regel in eine Geldbuße umgewandelt wird. Die Bußen sind an die WWU-Mitgliedstaaten zu verteilen, die kein übermäßiges Defizit haben. Der Betrag liegt bei höchstens 0,5% des BIP. Für Deutschland wäre zum Beispiel bei einem Defizit wie 1996 ein Betrag von rund 10 Mrd. DM als unverzinsliche Einlage fällig gewesen. Der europäische „Pakt für Stabilität und Wachstum“ wurde trotz Vorbehalten der neuen französischen Regierung auf dem Amsterdam-Gipfel verabschiedet.

Vorbereitungen für die Währungsunion auf Hochtouren

In allen Ländern wurden die Vorbereitungen auf die WWU intensiviert. Das Europäische Währungsinstitut erfüllte seine Verpflichtung, bis zum Jahresende 1996 in regulatorischer, organisatorischer und logistischer Hinsicht den Rahmen festzulegen, den die Europäische Zentralbank (EZB) zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Insbesondere hat das EWI die Vorarbeiten hinsichtlich der Instrumente

als auch der Verfahren der Geldpolitik weitgehend abgeschlossen. Der EWI-Rat wählte im Dezember auf der Basis eines offenen Gestaltungswettbewerbes einen Entwurf für die künftigen Eurobanknoten aus. Die Gestaltung der Münzen wurde auf dem Amsterdam-Gipfel im Juni einvernehmlich beschlossen. Am 1. Juli 1997 übernahm der vormalige holländische Zentralbankchef Wim Duisenberg von Alexandre Lamfalussy das Amt des EWI-Präsidenten.

In Wirtschaft und Staat wurden die Vorarbeiten ebenfalls energisch vorangetrieben. Konferenzen zum Euro hatten Hochkonjunktur. Viele große Unternehmen kündigten an, daß sie eine schnelle Umstellung auf den Euro bereits Anfang 1999 oder kurz danach anstrebten. Bei den Banken standen die Umstellung der technischen Systeme, die Information der Kunden und Mitarbeiter sowie strategische Weichenstellungen im Hinblick auf den großen Finanzmarkt an vorderster Stelle. Die Regierungen und Finanzverwaltungen leiteten ebenfalls Vorarbeiten zur Umstellung ein.

Vermehrt Interesse richtet sich auf zwei noch offene Fragen der Umstellung: die Festsetzung der Umtauschkurse und die Modalitäten des Bargeldumtausches. Die Wirtschaft forderte eine frühe Festlegung der Umtauschkurse, mindestens aber Transparenz im Hinblick auf das Verfahren. Entscheidungen sind noch nicht gefallen. Es kristallisierte sich allerdings eine starke Präferenz dafür heraus, die Entscheidung über das Verfahren mit der Auswahl der Teilnehmer an der WWU bekanntzugeben und sich an den Leitkursen zu orientieren. Im Hinblick auf das Bargeld war die Frage offen, ob der Umtausch der nationalen Währungen in den Euro in einer längeren Phase erfolgen soll oder schlagartig, zum Beispiel an einem langen Wochenende, wie zum Beispiel auch bei der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 in Ostdeutschland. Der Handel forderte wegen der hohen Kosten der doppelten Preisauszeichnung und Kassenführung einen „Big Bang“; andere Branchen, zum Beispiel die Automatenaufsteller, sprachen sich für eine längere Einführungsphase aus. Insgesamt waren trotz einer Reihe noch offener Fragen Mitte 1997 die Aussichten gut, daß der Euro 1999 weitgehend reibungslos als Buchgeld und an den Finanzmärkten eingeführt werden kann und die Umstellung mit dem Bargeldumtausch spätestens Mitte 2002 abgeschlossen wird.

Weiterführende Literatur

Deutsche Bank Research: Der Euro: eine stabile Währung für Europa, Frankfurt/Main 1997.

European Commission: Report on Convergence in the European Union in 1996, Brussels, November 1996.

Europäische Kommission: Frühjahrprognose 1997, Brüssel, April 1997.

Europäisches Währungsinstitut: Fortschritte auf dem Weg zur Konvergenz, Frankfurt/Main, November 1996.

Hanke, Thomas, Norbert Walter: Der Euro – Kurs auf die Zukunft. Die Konsequenzen der Währungsunion für Unternehmen und Anleger, Frankfurt/Main 1997.